

KV-Nr.: 3193

Die Aufgabe besteht (ohne Deckblatt) aus 9 Blatt
und ist vollständig durchnummeriert.

**Der Aufgabentext ist zu Beginn auf Vollständig-
keit zu überprüfen.**

1

**HANS-BERNHARD STRIEDER
RECHTSANWALT**

HAHNENSTRAßE 12 · D-50667 KÖLN · FON (0221) 92 59 85-0 · FAX (0221) 92 59 86-20 · GSM 0170/2987446 · E-MAIL: RAHBS@t-online.de

HANS-BERNHARD STRIEDER, HAHNENSTRAßE 12, D-50667 KÖLN
Gerichtsfach K 1445

Amtsgericht Bergisch Gladbach
Schlossstraße 21

51429 Bergisch Gladbach



Köln, 01.07.2005

Klage

des Herrn Marco Lena, handelnd unter der Firma Gebrauchtwagen Lena e.K., Bergische Landstraße 122, 51503 Rösrath,

- Klägers -

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hans-Bernhard Strieder, Hahnenstr.
12. 50667 Köln

gegen

den Herrn Lucas Meier, Jacobstr. 57, 51465 Bergisch Gladbach,

- Beklagter zu 1) -

den Rechtsanwalt Frank Dieter Hilgers, Hauptstr. 100, 51465 Bergisch Gladbach,

- Beklagter zu 2) -

Namens und im Auftrag meines Mandanten erhebe ich Klage und bitte um Anberaumung eines alsbaldigen Termins, in dem ich beantragen werde,

die Beklagten zu 1) und zu 2) als Gesamtschuldner zu verurteilen, an den Kläger 4.000,00 € nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit Zug um Zug gegen Übergabe des PKW VW Golf, Fahrgestellnummer ZVU 002586, sowie weitere 500,00 € nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz zu zahlen.

Begründung

Der Kläger handelt mit verunfallten Kraftfahrzeugen, die er ankauft und sodann weiter veräußert. So kaufte er auch mit Vertrag vom 03.12.2004 von dem Beklagten zu

Partner: Evolve Scott * Strieder * Boulez

Evolve Scott, Solicitors, Glebe House, North Street, GB 49700 Wareham, Dorset BH 20 4AN, Tel.: (00441929) 554344, Fax: 556792
Maitre Daniel Boulez, Avocat à la Cour, 11 bis Place Hoche, F 78001 Versailles, Tel.: (00331) 30502884, Fax: 39502573

1) den durch einen Unfall erheblich beschädigten VW Golf mit der Fahrgestellnummer ZVU 002586 für 4.000,00 €.

Beweis: Kaufvertrag vom 03.12.2004, Anlage K1

Zuvor hatte der Beklagte zu 2), der den Beklagten zu 1) in der Unfallsache anwaltlich vertrat, dem Kläger mit Schreiben vom 26.11.2004 versichert, der KFZ-Brief werde kurzfristig nachgereicht.

Beweis: Schreiben vom 26.11.2004, Anlage K2

Am 07.12.2004 veräußerte der Kläger den verunfallten VW Golf im Vertrauen auf die zugesagte Nachlieferung für 4.500,00 € - d.h. mit 500,00 € Gewinn - weiter an die Firma Auto Schmitz, Alte Ziegelei 2-4, 51491 Overath.

Beweis: Rechnung Nr. 188 vom 07.12.2004, Anlage K3

Mit Schreiben vom 11.01.2005 setzte die Firma Auto Schmitz dem Kläger eine Frist für die Übergabe des KFZ-Briefes bis zum 01.02.2005 und drohte den Rücktritt vom Kaufvertrag für den Fall der nicht fristgerechten Übersendung des Briefes an.

Beweis: Schreiben der Firma Auto Schmitz vom 11.01.2005, Anlage K4

Noch am selben Tag setzte der Kläger seinerseits dem Beklagten zu 2) eine Frist für die Übergabe des KFZ-Briefes bis zum 25.01.2005 und drohte den Rücktritt vom Kaufvertrag für den Fall der nicht fristgemäßen Übersendung des Briefes an.

Beweis: Schreiben der des Klägers vom 11.01.2005, Anlage K5

Der Beklagte übergab den KFZ-Brief jedoch nicht.

Mit Schreiben vom 10.02.2005 erklärte die Firma Auto Schmitz dann gegenüber dem Kläger den Rücktritt vom Kaufvertrag. Dieser Kaufvertrag wurde rückabgewickelt.

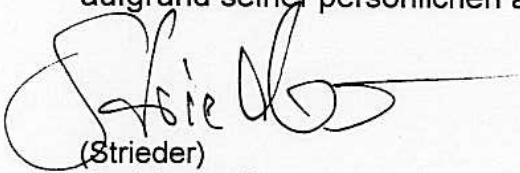
Beweis: Schreiben der Firma Auto Schmitz, Anlage K6

Daraufhin erklärte der Kläger mit Schreiben vom 14.02.2005 ebenfalls den Rücktritt von dem mit dem Beklagten zu 2) geschlossenen Kaufvertrag.

Beweis: Schreiben des Klägers vom 14.02.2005, Anlage K7

In der Folgezeit wurden sowohl der Beklagte zu 1) als auch der Beklagte zu 2) sowohl durch den Kläger persönlich als auch durch den Unterzeichner zur Zahlung aufgefordert. Es tat sich jedoch nichts, so dass nunmehr Klage geboten ist.

Die Beklagten sind antragsgemäß zu verurteilen. Dabei haftet der Beklagte zu 1) selbstverständlich wegen des geschlossenen Kaufvertrags. Der Beklagte zu 2) haftet aufgrund seiner persönlichen anwaltlichen Garantieerklärung vom 26.11.2004.



(Strieder)
Rechtsanwalt

Beglaubigte und einfache Abschriften für Gegner anbei.

Vom Abdruck der Anlagen K3 bis K7 wurde seitens des LJPA abgesehen. Es ist davon auszugehen, dass sie den vorgetragenen Inhalt haben.

ANKAUFSCHEIN FÜR EIN GEBRAUCHTES KRAFTFAHRZEUG

Herr/Frau/Firma Lucas Meier, Jacobstr. 57,
51465 Bergisch Gladbach

verkauft der Firma Gebrauchtwagen Lena e.K.
Bergische Landstraße 122
51503 Rösrath

das nachstehend beschriebene Kraftfahrzeug:

VW Golf 4, Fahrgestellnummer ZVU 002586, Hubraum 1.896 ccm,
Baujahr 2002, Kilowatt 74/4000, Gesamtfahrleistung 90.600 km,
amtl. Kennzeichen GL-AD 133, nächste Hauptuntersuchung 6/05,
keine Extras

zum Preis von 4.000,-- €

Zahlungsbedingungen: Sofort und in bar

Sonstige Vereinbarungen: Der KFZ-Brief wird vom Verkäufer umgehend
nachgeschickt.

Der Verkäufer erklärt:

Das Fahrzeug ist sein unbeschränktes Eigentum, er ist zum Verkauf befugt. Eigentums-
vorbehalte noch sonstige Rechte eines Dritten ruhen nicht auf dem Fahrzeug. Si-
cherheitsübereignung ist nicht erfolgt. Das Fahrzeug ist nach bestem Wissen riss-,
bruch- und schweißfrei.

Tauschmotor: Nein/Ja, eingebaut bei km Stand

Das Fahrzeug hat keine/folgende Unfallschäden erlitten.

Unfallschaden vorne (Motorhaube stark eingedrückt)

Bergisch Gladbach, 03.12.2004

Ort, Datum



Unterschrift des Verkäufers



Unterschrift des Käufers

FRANK DIETER HILGERS
Rechtsanwalt

Anwaltskanzlei Hilgers, Hauptstraße 100, 51465 Bergisch Gladbach

Firma Gebrauchtwagen Lena
z.Hd. Herrn Marco Lena
Bergische Landstraße 122
51503 Rösrath

51465 Bergisch Gladbach, den 26.11.2004

Hauptstraße 100

Telefon (02202) 87365

Telefax (02202) 83657

Bürozeiten: 8.30 - 13.00 & 15.00 - 18.00 Uhr

Sprechstunden: 15 - 18 Uhr und nach Vereinbarung

Bei Antwort und Zahlung bitte angeben

167/04-Meier

**Unfallsache Lucas Meier
Ihr Ankauf des Unfall-PKW**

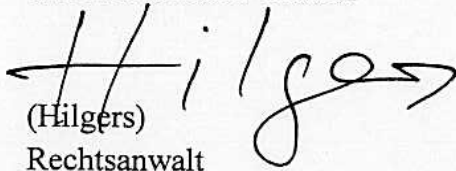
Sehr geehrter Herr Lena,

hiermit zeige ich an, dass ich Herrn Lucas Meier, Jacobstr. 57, 51465 Bergisch Gladbach, in seiner Unfallsache anwaltlich vertrete.

Wie schon telefonisch angekündigt stellen wir hiermit nochmals fest, dass Ihnen der PKW zum Preis von 4.000,00 € zur Verfügung steht. Der Betrag ist in bar zu entrichten. Nach der Übergabe des Geldes können Sie den Wagen mit dem Fahrzeugschein mitnehmen.

Den Brief erhalten Sie später, da der Mandant mit dem Bargeldbetrag aus dem Verkauf des Wagens noch sein Restdarlehen bei der finanzierenden Bank ablösen muss. Der Unterzeichner versichert Ihnen persönlich und in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt, dass Sie den Brief ganz kurzfristig nachgereicht erhalten.

Mit freundlichen Grüßen


(Hilgers)
Rechtsanwalt

Lucas Meier
Jacobstr. 57
51465 Bergisch Gladbach

An das
Amtsgericht Bergisch Gladbach
z.Hd. RichterIn Schneider
Schlossstraße 21

51429 Bergisch Gladbach



5 C 88/05

Rechtsstreit Lena ./ Meier & Hilgers

Bergisch Gladbach, 21.07.2005

Sehr geehrte Frau RichterIn Schneider,

ich bitte Sie, die Klage gegen mich abzuweisen. Meiner Meinung nach bin ich zu Unrecht verklagt worden. Mein Rechtsanwalt, Herr Hilgers, hat damals einfach Mist gebaut. Dass ich dafür jetzt einstehen muss, kann ja wohl nicht sein.

Herr Hilgers wusste ganz genau, dass der Fahrzeugbrief noch bei der Bank lag und dass dort mit dem Kaufpreis noch das Restdarlehen abgelöst werden musste. Das Schreiben vom 26.11.2004 und seine Folgen hat Herr Hilgers deshalb ganz allein zu verantworten. Ich hatte ihn schließlich mit der ganzen Unfallsache beauftragt und habe ihm vertraut.

Außerdem hat Herr Lena den PKW ja bewusst ohne Fahrzeugbrief verkauft. Wenn der Fahrzeugbrief dann nicht pünktlich da ist, ist ja wohl sein Problem.

Da ich mit Rechtsanwalt Hilgers bei meiner Unfallsache schlechte Erfahrungen gemacht habe, werde ich diesmal keinen Rechtsanwalt mehr nehmen und zu dem Termin am 4. Oktober 2005 selber kommen.

Bis dahin verbleibe ich mit freundlichen Grüßen,

(Lucas Meier)

7

FRANK DIETER HILGERS
Rechtsanwalt

Anwaltskanzlei Hilgers, Hauptstraße 100, 51465 Bergisch Gladbach

Amtsgericht Bergisch Gladbach
Schlossstraße 21
51429 Bergisch Gladbach



51465 Bergisch Gladbach, den 12.08.2005
Hauptstraße 100

Telefon (02202) 87365

Telefax (02202) 83657

Bürozeiten: 8.30 - 13.00 & 15.00 - 18.00 Uhr

Sprechstunden: 15 - 18 Uhr und nach Vereinbarung

Bei Antwort und Zahlung bitte angeben

144/05-Hilgers

5 C 88/05

In dem Rechtsstreit
Lena ./ Meier u.a.

vertrete ich mich selbst. In der mündlichen Verhandlung werde ich beantragen,

die Klage abzuweisen.

Begründung

Die Klage gegen mich, den Beklagten zu 2), ist evidenter Unfug. Aus welchem Rechtsgrund soll mich eine Haftung treffen? Ich habe lediglich den Beklagten zu 1) vertreten. Mit dem Kläger hatte ich überhaupt keinen Vertrag.

Im Übrigen ist es der Kläger selbst schuld, wenn er den Kaufpreis bezahlt und den Wagen dann auch noch weiterverkauft, ohne den KFZ-Brief erhalten zu haben. Es ist allgemein bekannt, dass der Käufer eines Wagens verpflichtet ist, sich den KFZ-Brief zeigen zu lassen.

(Hilgers)
Rechtsanwalt

Beglaubigte und einfache Abschriften zur Zustellung an Gegner anbei.

Öffentliche Sitzung des Amtsgerichts
Geschäftsnummer: 5 C 88/05

Ort, Datum
Bergisch Gladbach,
den 04.10.2005

Gegenwärtig:

Richterin am Amtsgericht Schneider
als Richter

Auf die Hinzuziehung eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle wurde verzichtet, vorläufig aufgezeichnet auf Tonträger gem. §§ 159, 160a ZPO.

In dem Rechtsstreit
Lena ./ . Meier u.a.

erschieden bei Aufruf:

1. der Kläger persönlich und Rechtsanwalt Strieder,
2. der Beklagte zu 1) persönlich und
3. der Beklagte zu 2) persönlich.

Die Sach- und Rechtslage wurde zunächst im Rahmen einer Güteverhandlung erörtert. Eine gütliche Beilegung des Rechtsstreits kam nicht zu Stande.

Der Klägervertreter stellte den Antrag aus der Klageschrift vom 01.07.2005.

Der Beklagte zu 1) stellte den Klageabweisungsantrag aus dem Schriftsatz vom 21.07.2005.

Der Beklagte zu 2) stellte den Klageabweisungsantrag aus dem Schriftsatz vom 12.08.2005.

Die Parteienvertreter verhandelten mit den gestellten Anträgen zur Sache. Die Sach- und Rechtslage wurde erörtert.

b.u.v.

Eine Entscheidung ergeht am Schluss der Sitzung.

Vom Abdruck der am Schluss der Sitzung verkündeten Entscheidung und des übrigen Protokolls wurde abgesehen.

Vermerk für die Bearbeitung

Die Entscheidung des Gerichts ist vorzuschlagen. Zeitpunkt der Entscheidung ist der 04.10.2005. Die Klage ist sowohl dem Beklagten zu 1) als auch dem Beklagten zu 2) am 12.07.2005 ordnungsgemäß zugestellt worden.

Wird ein rechtlicher Hinweis für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass dieser ordnungsgemäß erfolgt ist.

Werden eine richterliche Aufklärung oder eine Beweiserhebung für erforderlich gehalten, so ist zu unterstellen, dass diese ordnungsgemäß erfolgt und ohne Ergebnis geblieben sind.

Von einer Entscheidung über die Kosten, die vorläufige Vollstreckbarkeit und die Zulassung der Berufung ist abzusehen, soweit es sich dabei um Nebenentscheidungen handelt.

Kommt die Bearbeitung ganz oder teilweise zur Unzulässigkeit der Klage, so ist insoweit zur Begründetheit in einem Hilfsgutachten Stellung zu nehmen.

Die Formalien (Ladungen, Zustellungen, Unterschriften, Vollmachten) sind in Ordnung.

Soweit Anlagen nicht abgedruckt sind, ist davon auszugehen, dass sie den vorgetragenen Inhalt haben.

Der Bearbeitung ist der zum Entscheidungszeitpunkt geltende Rechtszustand zugrunde zu legen. Übergangsvorschriften sind nicht zu prüfen.

Prüfervermerk zur Vortragsakte

66 3193

Dem Vortrag liegt die die Akte des Landgerichts Köln, Az.: 24 O 229/04, zugrunde.

I. Ansprüche gegen den Beklagten zu 1)

Der Kläger hat gegen den Beklagten zu 1) zunächst einen Anspruch auf Rückzahlung des Kaufpreises Zug um Zug gegen Rückgabe des PKW aus §§ 346 Abs. 1, 348, 323 Abs. 1 BGB. Der Beklagte zu 1) hat die fällige Leistung insoweit nicht ordnungsgemäß erbracht, als er den Fahrzeugbrief nicht vorgelegt hat. Der Kläger hat dem Beklagten zu 1) fruchtlos eine angemessene Pflicht zur Vorlage des Briefes gesetzt. Der Kläger hat auch gem. § 323 Abs. 5 BGB an dem Fahrzeug ohne Brief kein Interesse, da er es ohne den Brief nicht weiterveräußern kann. Aufgrund dessen hat der Kläger einen Anspruch gegen den Beklagten zu 1) auf Rückabwicklung des Kaufvertrags nach Maßgabe der §§ 346 Abs. 1, 348 BGB.

Der Kläger hat gegen den Beklagten zu 1) ferner einen Anspruch auf Zahlung von Schadensersatz in Höhe des ihm entgangenen Gewinns von 500,00 € gem. §§ 280 Abs. 1 S. 1, 252 BGB. Der Beklagte zu 1) hat eine Pflicht aus dem Kaufvertrag verletzt, indem er den Fahrzeugschein nicht unverzüglich vorlegte. Diese hat er mangels anderweitiger Anhaltspunkte auch gem. § 280 Abs. 1 S. 2 BGB zu vertreten, wobei ihm ein eventuelles Verschulden des Beklagten zu 2) gem. § 278 Abs. 1 S. 1 BGB zuzurechnen ist. Infolge dessen ist dem Kläger der Kaufpreis aus dem Weiterverkauf des Fahrzeugs entgangen. Der Anspruch ist auch nicht aufgrund Mitverschuldens gem. § 254 BGB zu kürzen. Der Kläger handelte nicht fahrlässig, indem er das Fahrzeug bereits weiterverkaufte. Er durfte sich auf die anwaltliche Zusage, der Fahrzeugbrief werde unverzüglich nachgeliefert, verlassen.

II. Ansprüche gegen den Beklagten zu 2)

Gegen den Beklagten zu 2) dürfte der Kläger einen Anspruch auf Schadensersatz aus §§ 311 Abs. 3, 280 Abs. 1 S. 1, 249 Abs. 1 BGB haben. Gem. § 311 Abs. 3 BGB kann ein Schuldverhältnis mit Pflichten nach § 241 Abs. 2 BGB auch zu Personen entstehen, die nicht selbst Vertragspartei werden, insbesondere wenn der Dritte in besonderem Maße Vertrauen für sich in Anspruch nimmt. Voraussetzung hierfür ist, dass der Dritte gegenüber dem anderen Teil eine zusätzliche, gerade von ihm persönlich ausgehende Gewähr für die Seriosität und die Erfüllung des Geschäfts übernimmt (Heinrichs, in: Palandt, 64. Aufl. 2005, § 311 Rn. 63 m.w.N.). Dies kann zwar nicht ohne weitere Umstände für den von einer Partei hinzugezogenen Rechtsanwalt angenommen werden (BGH NJW 1989, 293 [294], zit. bei Heinrichs, a.a.O., § 311 Rn. 64). Vorliegend dürfte jedoch der Beklagte zu 2) dem Kläger gegenüber eine über das allgemeine Verhandlungstrauen, das der Kläger ihm als anwaltlichem Vertreter seines künftigen Vertragspartners entgegenbringen durfte, hinausgehende zusätzliche persönliche Gewähr für die Erfüllung des Geschäfts durch den Beklagten zu 1) übernommen haben. Durch sein Schreiben dürfte der Beklagte ein besonderes Vertrauen in seine eigene Person begründet haben. Er hat im eigenen Namen, nicht etwa ausschließlich als Vertreter des Beklagten zu 1), eine Erklärung abgegeben. Dabei durfte der Kläger der Erklärung insbesondere auch deshalb besonderes Gewicht beimessen, da der Beklagte zu 2) sie unter ausdrücklichem Hinweis auf seine Eigenschaft als Anwalt abgab. Denn der Rechtsverkehr pflegt Erklärungen eines Rechtsanwalts in der Regel ein höheres Maß an Seriosität und Zuverlässigkeit beizumessen als einfachen Parteierklärungen, weil der Rechtsanwalt als unabhängiges Organ der Rechtspflege (§ 1 BRAO) u.a. der Verpflichtung unterworfen ist, seinen Beruf gewissenhaft auszuüben, und sich der Achtung und des Vertrauens würdig zu erweisen hat, das seine Stellung erfordert (§ 43 Abs. 1 BRAO).

Eine sachgerechte Auseinandersetzung mit dem Schreiben vom 26.11.2005 dürfte dabei ausreichend und eine andere Auffassung auch vertretbar sein. Die aus dem hiernach begründeten Schuldverhältnis zwischen dem Kläger und dem Beklagten zu 2) persönlich resultierenden Pflichten verletzte der Beklagte zu 2) gem. § 280 Abs. 1 S. 1 BGB, indem er gegenüber dem Kläger die unzutreffende Erklärung abgab, dieser würde den KFZ-Brief kurzfristig erhalten. Mangels Vorliegens gegenteiliger Umstände ist gem. § 280 Abs. 1 S. 2 BGB davon auszugehen, dass er die Pflichtverletzung zu vertreten hat.

Der Anspruch des Klägers ist auch nicht aufgrund Mitverschuldens gem. § 254 BGB zu kürzen. Der Kläger handelte nicht etwa leichtfertig, indem er den Kaufpreis bereits zahlte, obwohl er den KFZ-Brief noch nicht erhalten hatte, und damit auf sein Zurückbehaltungsrecht gem. § 320 Abs. 1 S. 2 BGB verzichtete. Zwar fehlt dem Erwerber eines Gebrauchtwagens, der sich nicht durch Einsicht in den KFZ-Brief davon überzeugt, dass der Veräußerer Verfügungsbefugter ist, grundsätzlich die Gutgläubigkeit i.S.d. § 932 Abs. 2 BGB (Bassenge, in: Palandt, a.a.O., § 932 Rn. 13 a m.w.N.). Der Kläger fand sich aber gerade aufgrund der anwaltlichen Versicherung des Beklagten zu 2) bereit, den Kaufpreis zu zahlen, obwohl er noch nicht im Besitz des KFZ-Briefes war.

Gem. § 249 Abs. 1 BGB kann der Geschädigte verlangen, so gestellt zu werden, wie er ohne das schädigende Ereignis gestanden hätte. Ist infolge der Pflichtverletzung des anderen Teils ein Vertrag zustande gekommen, so kann der Geschädigte lediglich Rückabwicklung des Vertrags verlangen, nicht aber Ersatz des Gewinns, den er sich aus der Durchführung des Vertrags erhofft hatte (sog. Vertrauensschaden, vgl. Heinrichs, a.a.O., § 311 Rn. 56 f.). Mithin kann der Kläger von dem Beklagten zu 2) lediglich Rückabwicklung des Vertrags, d.h. Rückzahlung des Kaufpreises Zug um Zug gegen Übergabe des PKW an den Beklagten zu 1) verlangen.

III. Zinsen, Gesamtschuldnerschaft und Tenorierung

Die Beklagten dürften gem. § 421 BGB als Gesamtschuldner haften. Der Zinsanspruch beruht auf §§ 291, 288 Abs. 1 S. 2 BGB. Dementsprechend dürfte zu tenorieren sein: Die Beklagten werden als Gesamtschuldner verurteilt, an den Kläger 4.000,00 € nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz seit dem 12.07.2005 Zug um Zug gegen Übergabe des PKW VW Golf, Fahrgestellnummer ZVU 002586, zu zahlen. Der Beklagte zu 1) wird weiter verurteilt, an den Kläger 500,00 € nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz seit dem 12.07.2005 zu zahlen. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.